

Social = Demokrat.

Diese Zeitung erscheint täglich
mit Ausnahme
der Sonn- und Festtage.

Organ der social-demokratischen Partei.

Redigirt von J. B. v. Hoffmann und J. B. v. Schweizer.

Redaction und Expedition:
Berlin,
Dresdenerstraße Nr. 85.

Abonnements-Preis für Berlin incl. Bringerlohn: vierteljährlich 18 Sgr., monatlich 6 Sgr., einzelne Nummern 1 Sgr.; bei den Königl. preussischen Postämtern 2 1/2 Sgr., bei den preussischen Postämtern im nichtpreussischen Deutschland 18 1/4 Sgr., im übrigen Deutschland 1 Thlr. (fl. 1. 45. südd., fl. 1. 50. österr. Währ.) pro Quartal.

Bestellungen werden auswärts auf allen Postämtern, in Berlin auf der Expedition, von jedem soliden Expeditur, von der Expres-Compagnie, Spandauerbrücke 3, sowie auch unentgeltlich von jedem „rothen Dienstmann“ entgegen genommen. Inserate (in der Expedition aufzugeben) werden pro dreispaltige Petit-Zeile bei Arbeiter-Annoncen mit 1 Sgr., bei sonstigen Annoncen mit 3 Sgr. berechnet.

Agentur für England, die Colonien und die überseeischen Länder: Mr. Bender, 8. Little New-Port-Street, Leicester-Square W. C. London.

Agentur für Frankreich: G. A. Alexandre, Strassbourg, 5. Rue Brulée; Paris, 2. Cour du Commerce Saint-André-des-Arts.

Politischer Theil.

Deutschland.

* **Berlin**, 11. Jan. [Zur Erbherzogthümerfrage] will ein Pariser Correspondent der „Köln. Ztg.“ von einer Seite, „die sehr gut unterrichtet sein kann“, erfahren haben, daß das Wiener Cabinet gegenüber dem der Tuilerien mehrfach seine Bereitwilligkeit ausgedrückt habe, so viel an ihm sei, die schleswig-holsteinische Frage aus dem Stande der Verschleppung herauszutreten zu lassen. In Paris habe man wiederholt darauf angespielt, daß Frankreich vor Allem eine Art „Rundgebung des Volkswillens“ wünschenswerth scheine. Noch mehr, um Oesterreich zu zeigen, was man von ihm in dieser Richtung verlange, sei vom auswärtigen Amte das Gerücht ausgeprengt worden, Preußen und Oesterreich beabsichtigten, die Stände der Herzogthümer einzuberufen. Fürst Metternich soll darauf hin in Wien durchgesetzt haben, daß man aufs Neue die Eventualität einer Einberufung der holsteinischen Stände in Erwägung zog. Im Grunde sei jedoch den Wiener Staatsmännern auch wenig an jener Anerkennung des constitutionellen Princips gelegen, und hätten sie denn den Beschluß gefaßt, auf der einen Seite durch die officiösen Kanäle ihre liberale Absicht ausstrompen zu lassen, auf der anderen Seite aber nicht ohne Preußen vorzugehen. Ferner sollen selbst in diesem Augenblicke in Berlin Besprechungen über diesen Gegenstand gepflogen werden, die man von Wien aus in der geheimen Hoffnung führe, sie am Widerstande des Grafen Bismarck scheitern zu sehen, um diesen Mißerfolg dann in Paris wie anderswo gegen Preußen auszubehuten. — Unzweifelhaft ist dabei jedenfalls, daß dem Wiener Cabinet gegenüber dem von Berlin daran gelegen sein muß, das Provisorium in den Erbherzogthümern möglichst zu verlängern.

— [Die „Provinzial-Correspondenz“] vertheidigt den Mittheilungen einiger Zeitungen gegenüber, wonach die preuß. Regierung „den Plan der Herstellung des Nord-Ostsee-Canals für's Erste vollständig bei Seite gelegt habe“, daß die preussische Regierung den in Rede stehenden Plan keineswegs bei Seite gelegt habe, sondern im Begriffe stehe, für die dringend wünschenswerthe Ausführung desselben die Mitwirkung des Landtags in Anspruch zu nehmen. — Ferner erklärt das officiöse Blatt das Gerücht für unwahr, daß an Stelle der aus Schleswig zurückgezogenen preussischen Truppentheile zur Zeit eine Aushebung in Schleswig selbst stattfinden solle. — Die Gasteiner Bestimmungen, meint die „Prov. Corr.“, würden zwar einer Aushebung in Schleswig nicht im Geringssten entgegenstehen; die Regierung hielte aber die in Rede stehende Maßregel ihrerseits noch nicht für zweckmäßig.

— [Den Antrag des Ministers Frh. von Beust betreffend], dessen wir gestern erwähnten, ersucht nun die „Sp. Ztg.“, welche die Nachricht zuerst gebracht hatte, zu erklären, daß in amtlichen Kreisen von einem derartigen Antrage des Frh. v. Beust nichts bekannt geworden ist. Das Blatt bemerkt erläuternd, daß nach §. 160 des preussischen Strafgesetzes die Verstrafung einer Ehrverletzung, wozu auch Verleumdungen gehören, nur auf Antrag des Beleidigten erfolgen könne. Wäre der b. treffende Antrag gestellt, so würde demselben auch Folge gegeben sein.

— [Die Engel'sche „Statistische Zeitschrift“ betreffend], erklärt das „N. Allg. Volksbl.“, daß man das Eingehen des Blattes zu verhindern suchen und nur Vorkehrungen „gegen redactionelle Ausbreitungen“ treffen wolle. Herr Engel dürfte aber schwerlich geneigt sein, sich solche Schranken ziehen zu lassen.

— [Das conservative „Neue Allg. Volksblatt“] bringt einen, die „Vassalleaner“ betitelten Leitartikel, welchen wir unseren Lesern mittheilen und zum Gegenstande unserer Besprechung machen werden, da wir uns in manchen Punkten mit der, übrigens gegenüber den gebissigen und bornirten Angriffen der „liberalen“ Presse ohne Vergleich würdigeren Auffassungsweise in jenem Artikel nicht einverstanden erklären können.

— [Preussische Press-Schicksale.] Die „Posener Ost. Ztg.“ berichtet über folgende absonderliche, ihr bevorstehende Pressverfolgung: Am 14. October v. J. druckte die „Ost. Ztg.“ einen Artikel des „Morning Star“ über die Ueberreichung des silbernen Ehrenschildes an den abgesetzten König von Neapel mit einigen Bemerkungen ab. Der Staatsanwalt fand sich veranlaßt, die Beschlagnahme der Nummer zu verfügen und die Untersuchung gegen den Redacteur Dr. Waldstein zu eröffnen. Zugleich wurde Seitens einer hiesigen Behörde an den Grafen Theodor Stolberg auf Schloß Tilly in vertraulicher Weise das Ansuchen gerichtet, einen Antrag auf Verfolgung des Dr. Waldstein zu stellen. Der edle Graf war williger als in einem ähnlichen Falle der König von Württemberg, der bekanntlich kurz und bündig seine Genehmigung verlagte hatte: er schickte volle 6 Wochen nach Beschlagnahme der incriminirten Nummer einen Antrag auf Verfolgung des Dr. Waldstein ein. Und so wird sich denn Dr. Waldstein wieder einmal vor den Schranken des hiesigen Königl. Kreisgerichts, Abtheilung für Strafsachen, zu verantworten haben, und zwar wegen angeblicher Erregung von Haß und Verachtung gegen Staatsangehörige und speciell wegen Beleidigung des Herrn Grafen Theodor Stolberg auf Schloß Tilly, Ritters eines Ordens Sr. Neapolitanischen Czarenmajestät u. s. w. — Gegen den früheren verantwortlichen Redacteur des „Schlesischen Morgenblattes“ in Breslau, Herrn Bräuer, wurde am 9. unter Anschluß der Deffentlichkeit eine Anklage wegen Ehrverletzung gegen den König verhandelt. Veranlassung zur Anklage hatte ein in Nr. 225 vom 26. September 1865 der „gn. Zeitung“ enthaltener, der „Staatsbläuerzeitung“ entnommener Correspondenz-Artikel aus Merseburg gegeben. Der Gerichtshof erkannte auf eine Gefängnisstrafe von 2 Monaten.

P. Leipzig, 10. Januar. [Volkerversammlung.] Gestern fand hier im Saale des Odeon eine von der Fortschrittspartei einberufene und sehr stark (von ca. 2500 Personen) besuchte Volkerversammlung statt, in der Dr. Leopold Stein aus Frankfurt a. M. über die Zukunft des deutschen Volkes zunächst einen Vortrag hielt. Die hiesigen Mitglieder des Allgemeinen deutschen Arbeiter-Vereins hatten sich zu dieser Volkerversammlung gleichfalls in ziemlicher Anzahl eingefunden, in der Absicht, sich, je nachdem dies wünschenswerth schien, an der Discussion zu betheiligen. Wir waren auf die Rede des Herrn Dr. Stein, welcher am 4. Januar bei der vom „Verein für Förderung geistiger Interessen des Judenthums“ hier veranstalteten Mendelssohnfeier die Festrede gehalten und von den damaligen Zuhörern als glänzendes Rednertalent geschildert worden, sehr neugierig. Dr. Heyner eröffnete als Vorsitzender die Versammlung, indem er den Anwesenden „die deutsche Bruderhand“ reichete. Dr. Stein begann sodann seinen Vortrag damit, daß er einen geschichtlichen Rückblick auf die deutsche Bewegung that, welche nach ihrem Wiedererwachen nach dem italienischen Kriege zu bald nur wieder ins Stocken gerathen sei, weil unsere ganze Theilnahme sich unserem Schmerzenskinde, Schleswig-Holstein, zugewendet habe und die Führer Alles auf diese eine Karte gesetzt hätten und man geglaubt habe, daß die deutsche Frage in Schleswig-Holstein zum Austrage gebracht werden könne. Sie hätte auch dort ihren Austrag finden können, jedoch nur im Sinne Bismarcks, weil die Fürsten sich zu Schiedsrichtern und gewissermaßen sich zu Herren der Situation gemacht hätten, während dem Volke nur die Zuschauerrolle zufiel, welches sich deshalb endlich zurückgezogen habe. Man habe sich in eine Sackgasse verirrt, aber man dürfe deshalb nicht gleich verzagen, man müsse nur aus der Sackgasse sich wieder zurückziehen, und im Hoffen und Ausharren nicht ermüden, wofür uns die Reaction ja selbst das Beispiel zu jeder Zeit gegeben habe. Die Schleswig-Holsteiner, welche ja ohnehin nur auf eine Selbsterlöschung rechnen könnten, sollten eine Verständigung mit Preußen suchen, sie würden gewiß noch jetzt annehmbare Bedingungen erlangen, wie z. B. ihre Untheilbarkeit und die Aufnahme Schleswigs in den deutschen Bund, obwohl Oesterreich gegen letzteres sein werde, um Preußen Hindernisse zu bereiten, wodurch Deutschlands Einigung erschwert werden würde. Die Aufgabe der Fortschrittspartei müsse jetzt die sein, die erstorbene Begeisterung im deutschen Volke von Neuem zu beleben und den deutschen Bundesstaat als Ziel festzuhalten, welcher einst, da er sich aus bereits wohl organisirten Staaten bilden werde, sowohl die nordamerikanische Union, als die Schweiz übertreffen würde. Die Abneigung der einzelnen deutschen Volksstämme gegeneinander werde ebenso wie der religiöse Widerwille schwinden, da diese Uebel jetzt ohnehin nur künstlich genährt würden

und schon in der Gegenwart gegen dieselben von Seiten der Arbeiterbildungs-Vereine rüstig gearbeitet werde. Volksausklärung sei das beste Mittel, um die Zukunft zu klären und die deutschen Fürsten hätten eine so leichte Aufgabe, wenn sie nicht selbst fortwährend sich die Gunst des Volkes verscherten. Seit 1789 dauere schon die Bewegung des dritten Standes und derselben habe sich jetzt die des vierten Standes angeschlossen; es sei jedoch zu beklagen, daß sich die jetzige Jugend so träge zeige, doch sei sie unter unvortheilhaften Beispielen in einer Gesellschaft aufgewachsen, die nur Gewinn und Genuß suche und des idealen Strebens bar sei. Hier sei es an dem Lehrstande, den Jugendschriftstellern und den deutschen Müttern, die geistige und nationale Entwicklung und höheres Streben zu fördern. Als gemeinsames Ziel sei nicht die deutsche Reichsversammlung, und auch nicht die preussische Spitze, welche abgebrochen sei, dem Volke aufzustellen, sondern ganz einfach die deutsche Volksvertretung ohne Klein- oder Großdeutschland; für dieses Programm möge man allgemein agitieren. Nachdem Dr. Stein so seinen Vortrag geschlossen, welcher ihm mehrfachen und vielen Beifall eingetragen hatte, ergriff der Cigarrenarbeiter Herr Richter aus Dresden das Wort. Dieser erkannte zwar an, daß sein Vordränger wohl manches Annehmbare gesagt, allein doch noch nicht vom richtigen Standpunkte ausgegangen sei. Eine deutsche Volksvertretung könne nie geschaffen werden, ohne das allgemeine gleiche und directe Wahlrecht. Der Vordränger habe von einer Sachgasse gesprochen, aus der man sich zurückziehen müsse; solle man dann aber nach so vielen Mühen wieder zurück und von einem rückwärts gelegenen Standpunkte aus von Neuem beginnen? Nein; seine Meinung sei, daß man unter allen Bedingungen nur vorwärts dringen müsse, ohne die Hindernisse zu scheuen. Ein kräftiges deutsches Volk könne nicht entstehen, so lange das so starke deutsche Proletariat nicht nur bestehe, sondern sogar noch im fortwährenden Wachsthum begriffen sei; darauf müsse das Augenmerk gerichtet werden und dies könne nur auf dem Wege des vor allen Dingen anzustrebenden allgemeinen gleichen und directen Wahlrechts erfolgen; dieses zu erlangen, müsse das nächste Ziel des deutschen Volkes sein. Die kräftige Rede Herrn Richters verfehlte ihre Wirkung nicht und ein mehrfacher allgemeiner Applaus, besonders am Schlusse, zeigte, wie sie gezündet hatte. Herr Dr. Stein ergriff zwar das Wort zur Entgegnung, mußte aber die von Herrn Richter hervorgehobenen Punkte, wenn auch mitunter etwas verblümt, zugeben, und man konnte

darin, daß, als Herr Richter sich nochmals zum Worte meldete, Herr Dr. Heyner eiligt die Versammlung schloß, merken, wie sehr sich die Herren Fortschrittler davor fürchteten, Herrn Richter nochmals zu hören. Unsere Partei hat daher wiederum einen glänzenden Sieg, die Fortschrittler aber haben eine ebenso glänzende Niederlage zu verzeichnen. In etwa 14 Tagen wird hier von den Mitgliedern des Allgemeinen deutschen Arbeiter-Vereins eine Volksversammlung einberufen werden, in welcher Herr Richter gleichfalls einen Vortrag über unsere Zukunft halten wird.

* **Stuttgart, 8. Januar.** [Die schwäbische fogen. Volkspartei], auch Beobachter-Partei genannt (nach dem „Stuttig. Beob.“), hielt am 6. d. M. eine Versammlung von Vertrauensmännern in Stuttgart ab. Es wurde die Gründung einer in Vereinen gegliederten Partei beschlossen. Als Zweck der Vereine wird neben Vertretung der politischen Richtung die Bildung des Volkes und die Förderung seiner materiellen Interessen bezeichnet. Die Versammlung nahm folgende Resolution an: „Es wird den Vereinen dringend empfohlen, übereinstimmend folgende Sagen in ihre Statuten aufzunehmen: 1) Die Aufgabe des Vereins ist, den demokratischen Fortschritt und die „föderative Einigung Deutschlands“ mit einer über den Einzelregierungen stehenden deutschen Centralgewalt und Parlament in jeder gesetzlich zulässigen Weise zu fördern. 2) Mitglied des Vereins kann jeder unbescholtene Mann sein, der sich mit der Aufgabe des Vereins einverstanden erklärt. 3) Ueber die Aufnahme eines Mitgliedes entscheidet die allgemeine Versammlung der Vereinsmitglieder durch Stimmenmehrheit in geheimer Abstimmung.“ Eine allgemeine Landesversammlung soll in einiger Zeit erfolgen, oder durch entsprechende Kreisversammlungen ersetzt werden.

II. **Hagen, 10. Jan.** [Friedrich Harfort. Das Abgeordnetenhaus. Bresgen und Bernhards.] Weßhalb der greise Abgeordnete für den Kreis Hagen, Herr Friedrich Harfort, vor Kurzem wieder einmal eine seiner bekannten Ansprachen an die Wähler erlassen, ist ziemlich unbegreiflich, da Jedermann den Harfort'schen Standpunkt zur Genüge schon längst kennt und Niemanden es einfallen wird, zu denken, daß Herr Harfort den Standpunkt des passiven Widerstandes mit Empfangnahme von geneigten Ruthenstreichen verlaufen würde. Der besondern Versicherung hierzu bedurfte es wahrlich nicht und seine obligate Warnung vor Ueberstürzung, die wieder hindurch-

klang, ist allgemach so bekannt, daß die Erneuerung derselben ungefähr die Wirkung hervorbringt, als wenn man auf einen müden Esel schlägt — er stuzt die Ohren, doch im Augenblick schon schlappen sie träge wieder zurück. Aber nicht der passive Widerstand ist es allein, auf dem Harfort und Genossen die schönsten Hoffnungen bauen, nein, sie sind schon wieder auf dem besten Wege, mit der Regierung in Unterhandlungen zu treten, durch freundliches Entgegenkommen (Durchberathung des Budgets für 1866) diesem Ministerium das Regieren zu erleichtern, die Lebensdauer dieses Ministeriums zu verlängern, von welchem das vorige Abgeordnetenhaus, zusammengesetzt fast aus den nämlichen Personen, in einer Adresse an den König erklärte: Mit diesem Ministerium haben wir keinen Weg mehr zur Verständigung. Das waren schöne, lähne Worte, Worte, wie wir sie oft von der Tribüne des Abgeordnetenhauses hören, aber man ließ den Worten die That nicht folgen und verkehrte lustig weiter auch mit diesen Ministern. Jede Aussicht auf Verständigung ist aber immer mehr verschwunden; was soll nun das ewige Geschwäg, was soll eine Unterhandlung ohne Aussicht auf ein Resultat?*) Dazu braucht man die geheiligten Räume der Vertretung des Volkes nicht — zum politischen Kannegießern ist jede Bierstube gut genug. Wende man nicht ein, daß auf der Tribüne freier geredet werden dürfe; daß Volk hat genugsam jene Reden gehört, auch fällt es wahrlich nur sehr Wenigen im Ernste ein, das Recht bei diesem Ministerium noch zu suchen. Die jetzige sogenannte Volksvertretung hat im großen Ganzen das Recht auf ihrer Seite, möge sie nun aber den Glauben an dieses Recht nicht durch ihre schwächliche Handlungsweise immer mehr untergraben. Die Agitationen der Regierung bringen nur sehr wenige der Zweifelnden und Indifferenten in das conservative Lager, die meisten werden durch die Haltung des hohen Hauses der Abgeordneten, durch die traurige Consequenz im Beharren hineingebacht. Das nennt man Consequenz! Conservativ ist das gegenwärtige Abgeordnetenhaus durch und durch, trotz Fortschrittspartei, an der man alles Andere, nur den Fortschritt nicht erblickt. — Doch einzelne Abgeordnete

*) Wir müssen bei der ausgesprochenen Ansicht beharren, daß schon gerade jetzt der Regierung ein Anlaß zur Schließung der Session nur erwünscht sein würde, ohne daß davon eine Beteiligung des jetzigen Regierung-Systems oder eine Veränderung der Situation überhaupt zu hoffen wäre. Letztere kann vielmehr nur von der Zukunft erwartet werden. Ann. d. Red.

Feuilleton.

Bilder aus dem Arbeiterleben.

Von Gustav K.

III. Kampf zwischen Arbeit und Kapital.

2. Das Weib.

(Fortsetzung.)

Diese Worte beider Frauen, von der Vorsitzenden des Comités der Prolog zur Frauenconferenz genannt, bezeichneten, wie sie weiter erwähnt, die Standpunkte, von denen aus die ganze Sache in Angriff genommen werden sollte.

Des anderen Tages kam denn auch die Gründung des Allgemeinen deutschen Frauen-Vereins zu Stande. Programme und Statuten sind im Auszuge folgende:

Die deutsche Frauen-Konferenz erklärt die Arbeit für eine Pflicht und Ehre des weiblichen Geschlechts und nimmt dagegen das Recht der Arbeit (an und für sich wird dies kein vernünftiger Mensch bestreiten) in Anspruch. Es ist notwendig, daß alle der weiblichen Arbeit im Wege stehenden Hindernisse entfernt werden.

Zur Erreichung dieses Zieles hält sie außer Agitationen durch Frauenbildungsvereine und Presse (?) Productiv-Associationen, Industrie-Ausstellungen, Industrieschulen und Mädchenbergerien für nothwendig.

Mit definitiven Beschlüssen der angeführten Maßnahmen soll sich der nächste Frauentag beschäftigen.

In den Statuten heißt es: Der Allgemeine deutsche Frauen-Verein hat die Aufgabe, für die erhöhte Bildung des weiblichen Geschlechts und für die Vereinerung der weiblichen Arbeit von allen ihr entgegenstehenden Hindernissen zu wirken.

Die Präsidentin dieses Vereins schließt im „Berliner Sonntagsblatt“ ihren Bericht folgendermaßen: Der erste große (?) Schritt ist also gethan. Die Frauen sind aus ihrer Einzelheit und Gesondertheit herausgetreten zu einem Vereine, welcher alle (?) deutschen Frauen mit einem großen Bande umschließt kann u. s. w.

Ist es möglich, — um solchen Uaßun zu schwagen, dazu legt man weite Reifen zurück und sucht Vereine zu gründen! Vereine zu gründen, die man unter Bekennung alles dessen, was dem Weibe Noth thut, dennoch ausschließlich für das Interesse des hilfsbedürftigen Weibes und überhaupt aller deutschen Frauen zu bestimmen wagt?

Wie, sollte dem Weibe wirklich nichts weiter fehlen, als Arbeit? Sollte es wirklich nichts anderes zu bewältigen haben, als die Hindernisse, die auf der weiblichen Arbeit lasten?

Sollte man wirklich nicht wissen, daß jede nur einigermaßen lohnende Arbeit schon dergestalt durch das Angebot der Männer in Anspruch genommen wird, daß das Angebot des Weibes bloß dazu dienen würde, den Lohn noch mehr hinunterzudrücken und daß dann also das alte Elend wieder eintreten würde. Und dafür will man das Weib begeistern, das wagt man Lösung der Frauenfrage zu nennen?

Eine löstliche Lösung, wie sie eben bloß von Denjenigen versucht werden kann, die das Elend des Weibes bloß dem Namen nach kennen?

Außer jenem Versuche der Frauen selbst, einigen Hausmitteln à la Schulte-Dehligsch, und leerem Hin- und Hergeschwäg einiger Vereine ic. ist uns bis dato nichts bekannt, das von Seiten der Bourgeoise zur Lösung der Frauenfrage versucht worden wäre.

Nachdem wir also unsere Gegner schwagen und handeln ließen (handeln trotz der schlechten Jahreszeit) wollen wir selbst hier einige gründliche Vorschläge folgen lassen.

Wie wir Social-Demokraten überhaupt nur von der Hülse Aller reden und nur von diesem Gesichtspunkte aus unser ganzes Streben regeln, so soll auch hier, treu unserem Vorbilde, die Hülse Aller Frauen zum Gegenstande nachstehender Erörterungen gemacht werden.

Hilfsbedürftige Frauen sind, kurz gesagt, kapitallose Frauen und solche, die keine Versorgung durch Heirath finden, deren Arbeit an alle Fälle aber nicht den nothwendigen Unterhalt gewährt. Man könnte nun das große Heer der hilfsbedürftigen Frauen in zwei große Klassen absondern, in solche der niedrigsten Bildung, die gewöhnlich zur unmittelbaren Bedienung der Wohlhabenderen verwendet werden, die Dienstmädchen, und zweitens in diejenigen, die in die Kategorie selbstständiger Arbeiterinnen treten.

Komisch und empörend ist es nun zugleich, mit welcher Gedankenlosigkeit oder Unerfahrenheit und Unwissenheit unsere erbärmliche Presse und die Vereinsmänner die Lösung der Frauenfrage behandeln.

Die Einen meinen, das Weib sei unauflöslich an die Familie gekettet, jede andere Versorgung sei naturwidrig, Andere, und darunter namentlich die Präsidentin des allgemeinen deutschen Frauen-Vereins, es müsse in die Desehtlichkeit hinaustrreten, müsse am Kranz der Arbeit theilnehmen.

Erstere vergessen, daß fast der größte Theil der Frauen nicht Versorgung durch die Familie erhalten kann, die anderen, daß das Weib bei der jetzigen Organisation der Kapitalherrschschaft, bei den jetzigen Arbeiterverhältnissen nicht die geringsten Vortheile aus dem Uebergange von dem häuslichen Leben in die Desehtlichkeit ziehen könnte.

Uebrigens ist dieser Uebergang schon in Millionen Fällen ohne alle Anstrengungen von irgend einer Seite vor sich gegangen, das Elend selbst hat denjenigen vorgearbeitet, welche die Lösung der Frauenfrage auf diesem Wege versuchen wollen.